

Rita Pawelski
Bundeswahlbeauftragte für die Sozialversicherungswahlen

Rede vor der konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrates der DAK-Gesundheit am
07. September 2017
in Hamburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

erst einmal allen meinen herzlichsten Glückwunsch zu Ihrer Wahl in den Verwaltungsrat der DAK-Gesundheit . Sie haben sich für dieses Amt zur Verfügung gestellt und das ist großartig.....und das ist nicht selbstverständlich! Sie opfern Ihre Freizeit für Andere, Sie engagieren sich für Andere. Dafür mein herzliches Dankeschön. Sie sind Vorbild. Und ich möchte mich auch bei all denen bedanken, die nicht mehr dem Verwaltungsrat angehören, für die wirklich gute Arbeit in diesem Gremium.

Und auch vielen Dank für die Einladung zur konstituierenden Sitzung Ihres Verwaltungsrates. Das ist für Sie der Abschluss der Sozialwahlen 2017 bei der DAK-Gesundheit, die begonnen hat mit der Vorbereitung vor zweieinhalb Jahren. Ich denke, das war für alle beteiligten Personen, besonders für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und für die Listenträger eine besonders intensive Zeit.

Denn eine Sozialwahl muss

1. organisatorisch vorbereitet werden. Dies übernahmen in erster Linie die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DAK-Gesundheit. Ich nenne hier vor allem Herrn Gelleschun und Herrn Trudrung. Herzlichen Dank aber auch allen anderen, die hieran mitgewirkt haben.

Sie muss

2. personell vorbereitet werden. Dies übernahmen Sie, die Listenträger, mit ihren Vorschlagslisten, und
3. eine Sozialwahl muss eine Kampagne haben. Eine Öffentlichkeitsarbeit muss konzipiert werden. Dies übernahmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DAK-Gesundheit und ich freue mich, dass auch die Listenträger sich so engagiert haben.

Aber lassen Sie mich an dieser Stelle einen Menschen erwähnen, der sich unglaublich engagiert hat, der mehr getan hat, als alle anderen Kassenchefs zusammen: Ich kann das beurteilen. Das ist Ihr Vorstandsvorsitzender, Herr Andreas Storm. Lieber Andreas, Du hast Dich wirklich eingebracht in diese Wahl. Wir waren zusammen bei einem Interview bei der „Welt“ in Berlin. Und Sie wissen, wie wichtig gerade diese überregionale Zeitung als Stimmungsmacher ist. Ich denke, das Interview war gut, ganz herzlichen Dank dafür.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

gestatten Sie mir einen kurzen Rückblick: Ich dachte eigentlich immer, ich habe so viele politische Wahlen mitgestaltet, mitgemacht. Ich dachte, ich wüsste eigentlich alles und mich könnte nichts mehr erschüttern. Wie gesagt: Dachte ich.

Ich erwähnte bereits: Die Wahl wurde vor 2 ½ Jahre begonnen. Mit Hilfe von Agenturen entstand ein sehr pfiffiges und eingängiges Werbekonzept. Der Schwerpunkt lag natürlich auf Werbung in den Medien. Vorweg möchte ich betonen: jegliche Werbung wurde bezahlt! Man ist nirgendwo hingegangen und hat gesagt, das wollen wir umsonst haben. Und nun sollte man denken, wenn man gegen Bezahlung Werbung bestellt, dann ist das ein Selbstläufer, weil ja alle froh sind, dass sie Aufträge bekommen. Sollte man denken, war aber nicht so! Sie kennen ja bereits die Geschichte vom ZDF. Dieser öffentlich-rechtliche Sender hatte sich anfangs geweigert, Werbung für die Wahlen zu schalten. Die waren erst nach vielen Gesprächen bereit, doch zu werben. Dieser Stolperstein wurde also ausgeräumt. Dann erreichte mich die nächste Hiobsbotschaft. Die privaten Rundfunkstationen weigerten sich - gegen Geld, ich betone es immer wieder - unseren Hörfunkspot zu senden. Die Begründung dazu: Dies ließen die Rundfunkstaatsverträge nicht zu.

Meine Damen und Herren,

da gibt es eine vom Gesetzgeber vorgeschriebene Wahl. Und die privaten Rundfunksender weigern sich, Werbung zu machen. Ich habe mir die Namen der Rundfunk-/Programmdirektoren geben lassen und habe quer durch Deutschland alle angerufen: Ich begann immer mit den Worten: „Bevor ich Ihren Ministerpräsident anrufe, wollte ich von Ihnen bitte begründet haben, warum dürfen wir bei Ihnen nicht werben?“. Am Schluss haben alle geworben. Aber alleine die Tatsache, dass, wenn die Agentur ein Angebot abgibt, um Werbung zu schalten, die Reaktion kommt, „Wir machen das nicht.“, ist ziemlich skandalös. Wir werben ja hier nicht für eine Biersorte oder etwas Unanständiges, sondern für eine vom

Gesetzgeber vorgegebene Wahl. Und wenn ich schon am Kritisieren bin, dann spreche ich auch noch einen anderen Punkt an: wenn Sie vor der Wahl in Berlin waren, haben Sie überall große Wahlplakate gesehen, die sogenannten Wesselmänner! Das sind die ganz großen Werbeplakate, die vor Wahlen aufgestellt werden. Diese Plakate standen überall in Deutschland, bis auf Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, die ihre Plakatwände für die Landtagswahlen brauchten und somit für die Parteien reserviert waren. Aber leider gab Kommunen, die sich weigerten, die Wahlstände für die Sozialwahlen aufzustellen. Dies fand ich ungehörig, denn ich betone es immer wieder, es ist eine vom Gesetzgeber vorgegebene Wahl. Es war ziemlich zum Verzweifeln, aber wir hatten nicht mehr genügend Zeit, dies zu ändern. Daher bitte ich alle diejenigen, die in einer Kommune etwas mitgestalten können, dafür zu werben, dass das nächste Mal die Wahlplakate wirklich in allen Kommunen aufgestellt werden. Ich möchte gerne, dass überall für die Sozialwahl geworben werden kann.

Meine Damen und Herren,

jetzt aber mal etwas wirklich Positives zu den Medien. 2005 berichteten die Medien, wenn überhaupt, sehr negativ über die Wahlen. 2011 zeigten die bundesweiten Medien kaum Interesse an den Sozialwahlen. Und wenn in den regionalen Zeitungen die Wahlen benannt oder betitelt wurden, dann geschah das nur, weil meine Vorgänger, Gerald Weis und Klaus Kirschner, bei den kleinen Redaktionen dafür geworben haben. 2017 platzte der Knoten. Die bundesweiten Medien stiegen ein. Begonnen mit der Bild-Zeitung. Nach einem langen Gespräch mit dem zuständigen Journalisten wurde dies ein ordentlicher Artikel. 96% der Berichte waren positiv, neutral oder zumindest wohlwollend. Und es wurde ganz intensiv über Ihre Arbeit berichtet. Über die Arbeit der Widerspruchsausschüsse. Auch die Rentenversicherung ist mit ihren Rentenberatern groß eingestiegen. Genau das sind die Geschichten, die die Menschen hören wollten. Die wollen wissen, was Sie machen. Was steckt hinter Ihrer Arbeit. Und wenn ein Rentenberater berichtet, dass er hilft, die Anträge zu formulieren, dass er den Menschen, die ihn aufsuchen, hilft, die optimale Rente zu bekommen, dann ist das was positives und darüber sollten die Medien berichten.

Beobachter der Sozialwahlen erklärten: noch nie war das Medienecho so gewaltig. Das hat einfach für eine gute Stimmung gesorgt und das merkte ich auch bei Veranstaltungen. Die Medienreichweite stieg von 320 Mio. in 2011 auf 750 Mio. in 2017.

Dies fiel nicht vom Himmel. Alle haben daran gearbeitet und auch dafür mein herzliches Dankeschön. Die Werbekampagne für die Sozialwahlen war ein großer Erfolg! Sie wurde

von den beiden wählenden Rentenversicherungsträgern und den Ersatzkassen getragen und bezahlt. Die Fernsehspots waren wirklich kreativ und zeitlich gut platziert. Man schaute einfach hin und wollte wissen, wie hat sich der kleine rote Umschlag weiterentwickelt. Das war gut gemacht. Dies galt auch für den Rundfunkspot mit dem „schrägen“ Gesang und dem Spruch „Ihre Stimme kann mehr!“ Man hat hingehört und nur das ist sehr wichtig bei Radio-Werbung. Die wählenden Versicherungsträger haben in ihrem Bereich viel auf die Beine gestellt. Wir waren ein super Team!

Aber fast die gesamte Arbeit und die finanziellen Aufwendungen bleiben an den wählenden Trägern hängen. Fakt ist aber: die Kampagne nutzt nicht nur den wählenden Versicherungsträgern. Sie macht auf die Institution „Selbstverwaltung“ aufmerksam. Davon profitieren auch die Träger, die ihre Selbstverwaltungen ohne Wahlen bilden. Und da muss man schon nachfragen, ob diese Lastenverteilung „gerecht“ ist. Aber all dieser Aufwand und die vielen Anstrengungen haben sich auch für die DAK-Gesundheit gelohnt! Die Anzahl der Wählerinnen und Wähler stieg um 70.000. Es wurden 1.350.000 Stimmen abgegeben. Dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 28,42 Prozent und stellt damit gegenüber 2011 einen Anstieg der Wahlbeteiligung um 0,28 Prozent dar. 0,28 Prozent hört sich im Moment nicht viel an, aber wenn Sie bedenken, dass die Wahlbeteiligung in den letzten 30 Jahren ständig zurückgegangen ist, von 43,85 Prozent auf dann 30,15 Prozent und nunmehr angestiegen ist auf 30,4 Prozent, dann ist das ein Erfolg, eine Trendumkehr. Zum ersten Mal seit 30 Jahren haben wir zugelegt. Ich kann es noch nicht abschließend sagen, weil die Barmer noch wählt. Ich hoffe, dass auch sie zulegen wird. Ich möchte nicht, dass wir letztlich unter 30 Prozent bei der Wahlbeteiligung liegen. Das ist eine Schallgrenze.

Mit den Wahlberechtigten der BARMER werden wir in diesem Jahr den Wert der letzten Sozialwahl von 2011 mit etwa 50 Millionen Wahlberechtigten klar übertreffen. Und es könnten auch mehr als die 15 Millionen Wählerinnen und Wähler des Jahres 2011 werden. Es wäre toll, wenn dies gelingt. Diese stärken Ihnen, den ehrenamtlichen Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter den Rücken. Mit dieser kraftvollen Unterstützung können Sie in den kommenden 6 Jahren ihre Aufgaben wahrnehmen und ein kritischer Partner der Politik sein. Denn Sie vertreten die Versicherten.

Betrachtet man die Spannbreiten der Verluste und Gewinne der kandidierenden Vorschlagslisten bei der DAK-Gesundheit im Vergleich zu 2011, dann liegt das größte Plus bei 4,99 Prozent und der größte Verlust bei 3,95 Prozent. Das sind Schwankungsbreiten, die

wir durchaus auch aus der Politik kennen - und so manche Partei wäre froh, wenn ihr Minus bei 3,95 Prozent enden würde. Aber egal, auf welcher Liste Sie gewählt wurden: Dabei sein ist alles. Und Sie sind dabei! Nochmals meinen herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Erfolg. Und Sie gehören nicht nur einem kleinen Verwaltungsrat an, der nichts zu melden hat. Nein! Sie sind letztlich die Chefs der DAK-Gesundheit. Sie bestimmen, wer im Vorstand sitzt. Sie haben eine hohe Verantwortung. Ich sage das hier so ganz deutlich, damit das auch ganz deutlich gehört wird. Sie tragen eine hohe Verantwortung, nicht zuletzt für Ihre 10.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie bestimmen den Haushalt, der immerhin einen Umfang von knapp 25 Milliarden Euro hat.

Meine Damen und Herren,

schauen Sie mal in die Bilanzen der großen Unternehmen in Deutschland. Welches Unternehmen hat einen Jahresumsatz von 25 Milliarden Euro? Welche Kommune? Fragen Sie mal ein Aufsichtsratsmitglied eines Unternehmens, mit welchem Stolz er das Unternehmen vertritt. Ganz ehrlich. Ich glaube, Sie sind immer noch zu bescheiden.

Sie haben Klugheit bei der Aufstellung der Vorschlagslisten bewiesen. Jetzt komme ich zu meinem Lieblingsthema: Frauen! Von 28 zu vergebenen Versichertenmandaten fielen 15 an Frauen. Wenn man die beiden Arbeitgebervertreter hinzunimmt, haben Sie einen Anteil von 50 Prozent Frauen. Das ist großartig! Ich werde Sie in meinen Reden erwähnen und lobend als Vorbild hinstellen. Denn es gibt viele Krankenkassen, die hinken mächtig hinterher. Bei Ihnen brauche ich nicht mehr von einer Quote sprechen. Es ist einfach toll, dass Ihnen und den Listenträgern das gelungen ist. Dafür mein ganz herzliches Dankeschön. Sie wissen, dass ich mich dafür immer eingesetzt habe, mehr Frauen in die Gremien zu bekommen und habe mit der Quote gedroht habe. Schön, dass es der eine oder andere ernst genommen hat.

Meine Damen und Herren,

in knapp drei Wochen wird der neue Bundestag gewählt. Leider steht in keinem einzigen Wahlprogramm der sich bewerbenden Parteien etwas über die Sozialwahl oder darüber, was man ändern muss, um das Instrument der Selbstverwaltung attraktiver zu gestalten. Dabei stellt sich für mich nicht nur die Frage: „Was können wir ändern?“, sondern eher: „Was müssen wir ändern, damit 2023 die Wahl eine größere Bedeutung und eine höhere Wahlbeteiligung hat?“ Schauen wir zurück: die höchste Wahlbeteiligung bei den Sozialwahlen gab es vor über 30 Jahren. Damals waren es 43,8 Prozent - bei nur 35 Millionen Wahlberechtigten. 2017 sind es über 50 Millionen und wir haben etwas über 30 Prozent erreicht. Also es gibt noch viel Luft nach oben. Wenn die Medien jetzt kritisieren, dass sich nur so wenig Menschen an dieser Wahl beteiligt haben, dann muss man schon fragen, warum ist das so. Vorweg möchte ich bemerken, dass sehr viele Oberbürgermeister in Deutschland sich freuen würden, wenn sie über 30 Prozent Wahlbeteiligung haben. Da gibt es einige, die mit weniger als 30 Prozent ins Amt gewählt wurden und keiner käme auf die Idee, deswegen die Oberbürgermeisterwahl abzuschaffen. Aber bei der Sozialwahl wurde die Frage nach der Sinnhaftigkeit gestellt -leider auch aus dem politischen Bereich.

Aber welche Ursache könnte die geringe Wahlbeteiligung haben?

1. Die Medien berichten sehr selten über die Arbeit der Selbstverwaltung. Warum ist das so? Meine Antwort! Sie machen ihre Arbeit zu gut, zu leise, ohne Skandale. Sie wissen doch: Es wird häufig nur über das berichtet, was negativ ist.
2. Es wählen nur noch 10 Versichertenträger in Urwahl. Bei 151 Trägern einigen sich die Listenträger auf genau die Personenzahl, die für die Wahl benötigt wird. Und dann ist, so sagt es das Gesetz, eine Wahl nicht notwendig. Es findet eine Wahl ohne Wahlhandlung statt. Sie wissen, was ich davon halte. Der Gesetzgeber hatte diese Regelung früher als Ausnahme vorgesehen. Jetzt sind die Wahlen eine Ausnahme und das, meine Damen und Herren, ist nicht in Ordnung. Stellen Sie sich vor, alle Versichertenträger würden wählen, und weil man ja meist zwei Stimmen hat, eine bei der Renten- und eine bei der Krankenversicherung, wir hätten mit rund 140 Millionen Wahlberechtigten die größte Wahl in Deutschland. Und ich sage Ihnen, dann würde keiner mehr hinterfragen, ob die Wahl überhaupt notwendig sei. Dann würde man das Instrument Sozialwahl und auch die Selbstverwaltung ernster nehmen. Die Aufmerksamkeit der Medien und auch der Politik wäre Ihnen sicher.

3. Wir brauchen eine Reform der Sozialwahl!

Mein Vorgänger, Gerald Weiss, und sein Stellvertreter, Klaus Kirschner, haben auf über 100 Seiten Reformvorschläge zusammengetragen. Ein paar Aspekte gingen sogar in den Koalitionsvertrag ein. Aber meine Damen und Herren, da blieben sie dann auch. Kein einziger Vorschlag wurde umgesetzt. Das hat mich schon sehr enttäuscht, denn wenn nicht eine Große Koalition so etwas umsetzt, wer bitte dann. Es hat eine große Chance gegeben, hier wirklich grundlegend etwas zu ändern. Aber man hatte nicht den Mut und als ich das Amt übernommen habe, war im Grunde schon die Chance vertan. Aber ich verspreche Ihnen, wir haben ja bald Bundestagswahlen und ich habe den Fraktionsvorsitzenden schon angedroht: nach der Wahl bin ich da und ich habe auch gehört, dass Andreas Storm und Thomas Bodmer Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden haben. Ich bin sicher: wenn wir alle zusammenhalten und nicht nur ich zu den Fraktionsvorsitzenden gehe, sondern die Gewerkschaften, die Vorstandsvorsitzenden aller Krankenkassen, die Rentenversicherungen, wenn die Politiker merken, es ist nicht nur eine einzelne Person, die etwas geändert haben möchte, sondern spüren, da stehen viele dahinter, dann wird sich etwas ändern. Ich brauch Ihre Hilfe.

Wir benötigen bei der nächsten Wahl unbedingt den Einstieg in die Online-Wahlen, wir brauchen überall mehr Frauen. Die Freistellungsregelungen für die Ehrenamtlichen müssen geändert werden. Ich höre, dass einige ihre ohnehin nur geringen Entschädigungen versteuern müssen, andere wiederum nicht. All dies muss klarer formuliert und geändert werden. Das muss in der nächsten Legislaturperiode passieren. Bitte, helfen Sie mir dabei.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich noch einmal etwas sagen zu den Wahlen ohne Wahlhandlung. Sie wissen, was ich davon halte. Wo „Wahlen“ drauf steht, sollten auch ‚Wahlen‘ drin sein. Darum appelliere ich an die Listenträger, sich auch dort zu bewerben, wo sie sich bisher in eine große Liste eingereiht haben. Wenn mehr Listen kandidieren mit mehr Kandidaten als gewählt werden müssen, muss eine Wahl stattfinden. Es liegt also nicht an den Krankenkassen, die nicht wählen, sondern es liegt daran, dass nicht genügend Bewerber zur Verfügung stehen. Daher meine Bitte an alle Listenträger: Stellen Sie mehr Kandidaten auf, als zu wählen sind.

Rita Pawelski am 07. September 2017
Rede vor der konstituierenden Sitzung des Verwaltungsrates der DAK-Gesundheit in
Hamburg
Seite 8

Ich wünsche Ihnen für die nächsten sechs Jahre ganz viel Erfolg. Ich werde noch vier Jahre im Amt sein und ich hoffe, dass ich oft eingeladen werde. Den Kontakt zu Ihnen ist für mich sehr wichtig, weil ich von Ihnen erfahre, was geändert, verbessert werden muss.

Nochmals herzlichen Dank, dass Sie dieses Amt übernommen haben.